

seine Emissionen bis 2020 um etwa 40 Prozent unter *business-as-usual* zu verringern, Indonesien immerhin um bis zu 41 Prozent – wenn ausreichend Unterstützung aus den reichen Ländern kommt.

Viel Zeit ist vertrödelt worden. Die Erwartungen für den Klimagipfel sind daher auch gedämpft. Das gehört auch zur Konferenzdramatik. Als gutes Zeichen kann gewertet werden, dass wichtige Politiker ihr Kommen angekündigt haben, darunter der amerikanische Präsident, der chinesische Ministerpräsident und die deutsche Kanzlerin. Kopenhagen muss eine Einigung in allen wichtigen Konfliktfeldern bringen, wie etwa das Festlegen auf ein zwei-Grad-Ziel, ehrgeizige Reduktionsziele der Industrieländer oder die Mechanismen für die langfristige finanzielle Unterstützung für die Schwellen- und Entwicklungsländer. Unklare Vereinbarungen und Absichtserklärungen oder lediglich kurzfristige Finanzhilfen wären zu wenig und kämen einem Scheitern oder dem größten *Greenwashing* der internationalen Umweltpolitik gleich – mit nicht abzusehenden Folgen für den internationalen Klimaschutz und die Lebensgrundlagen von Milliarden Menschen. So weit darf es nicht kommen!

Entwicklungspolitischer Richtungswechsel in Berlin?

von Reinhard Hermle



Damit hatte niemand gerechnet. Dass ausgerechnet ein FDP-Politiker Entwicklungsminister werden würde, gehörte zu den gelungensten Überraschungen der Regierungsbildung nach der

Bundestagswahl am 27. September. Denn es war diese Partei, die rituell seit Jahren die Auflösung des BMZ und seine Eingliederung in das Auswärtige Amt gefordert hatte. Mit Dirk Niebel hat die Bundeskanzlerin den Bock zum Gärtner gemacht. Nicht verwunderlich, dass die entwicklungspolitische Community erst einmal in Schockstarre fiel und sprachlos war.

Auch die entwicklungspolitischen Teile des Koalitionsvertrags warfen viele Fragen auf und führten zu verbreitetem Unbehagen. Zwar enthält er neben manchen Sprechblasen und Ungereimtheiten ein Bekenntnis zur „nachhaltigen Bekämpfung von Armut und Strukturdefiziten im Sinne der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen“ und betont die „intensive Einbindung und Stärkung aller in der Entwicklungsarbeit Tätigen – insbesondere der Kirchen, Stiftungen und Nichtregierungsorganisationen“.

Außerdem will man sich „für ein nachhaltiges internationales Engagement zur Stärkung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in Entwicklungsländern einsetzen“, was angesichts der wachsenden Zahl von Hungernden auf der Welt auch dringend geboten ist. Auch treten die Koalitionäre für „den Abbau der Agrarsubventionen und die Beendigung handelsverzerrender Fördermaßnahmen im Rahmen der WTO-Verhandlungen“ ein. Dagegen fehlen frühere Schlüsselbegriffe wie gerechte Gestaltung der Globalisierung und Friedenssicherung. Dafür durchzieht den Text leitmotivisch die Absicht, die Entwicklungspolitik sowohl stärker an „unseren Werten und Interessen“ auszurichten und ihren Nutzen für die deutsche Wirtschaft zu erhöhen. Die „wirtschaftliche Zusammenarbeit (Ausbau/Schutz des Privatsektors, z.B. mittels PPP, Mikrofinanzsystemen und Infrastrukturförderung)“ wird zu einem der Schlüsselsektoren künftiger Entwicklungspolitik erklärt. Und im Außenwirtschaftskapitel des Koalitionsvertrags heißt es im Klartext: „Außenwirtschaft und Entwicklungszusammenarbeit müssen besser aufeinander aufbauen und optimal ineinander greifen. Entwicklungspolitische Entscheidungen müssen die Interessen der deutschen Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes, angemessen berücksichtigen. Bei Auftragsvergabe sollen die Auslandshandelskammern über die Aufträge der Entwicklungsorganisationen rechtzeitig informiert werden“. Dazu passend werden „die Stärkung guter Regierungsführung, der Eigenverantwortung und der Selbsthilfekräfte in den Entwicklungs-

ländern“ als zentrale Bestimmungselemente der neuen Entwicklungspolitik benannt. Kein Thema wird im Text so oft gespielt, wiederholt und variiert wie dieses.

Weder ist es verwerflich, auf Eigeninteressen zu achten und Partner an ihre Verantwortung zu erinnern. Aber der Ton macht die Musik. Auf Akzentuierung und Balance kommt es an! Und hier hat die Koalition die Gewichte verschoben. Nicht die Bedürftigkeit von Menschen und Ländern steht im Vordergrund, sondern die Frage, was sie selbst tun können, um sich aus der Misere zu befreien, und wie es uns nützt. Das liberale Credo hat sich durchgesetzt, dass es vor allem auf die eigene Tüchtigkeit und die Kräfte des Marktes ankomme, um die Armutsfalle zu sprengen. Solidarität als Handlungsmaxime erscheint entbehrlich, die globalen Rahmenbedingungen treten in den Hintergrund. In einem der ersten Interviews meinte der neue Minister: „Ich möchte, dass das Ministerium endlich wegkommt von dem Ruf eines Armutsministeriums“. War es aber nicht gerade die besondere Aufgabe dieses Ressorts – von Heidemarie Wiecek-Zeul wesentlich mitgeprägt –, globale Politik und die Außenwirkung deutschen Regierungshandelns (einschließlich global agierender Unternehmen) auch und vor allem unter der Perspektive der Überwindung von Massenarmut in der Welt und einer nachhaltigen Verbesserung der Lage der in Armut lebenden Menschen zu begreifen und solidarisch mitzugestalten? War dies ein Makel, den es jetzt zu beseitigen gilt? Wenn dies die Agenda der Koalition ist und es jetzt vor allem wieder um Wachstum, Markt, Außenwirtschaft, Sicherung des deutschen Wirtschaftsstandorts und Selbsthilfe (sowie Eigenfinanzierung) der Entwicklungsländer geht, dann bekommt Entwicklungspolitik eine andere Sinngabung. Dann wäre es letztlich gleichgültig, ob sie institutionell eigenständig bleibt oder einem anderen Ressort einverleibt wird.

In das Bild fügt sich, dass der Koalitionsvertrag die finanzielle Seite der Entwicklungspolitik sehr verhalten

anspricht. Zwar findet sich ein Bekenntnis zu den „internationalen Verpflichtungen zur schrittweisen Erhöhung der deutschen öffentlichen Entwicklungsleistungen auf 0,7% des BSP“. Ein Bezug zum EU-Stufenplan von 2005 oder eine andere Zeitachse fehlt allerdings. Auch wird die Aussage so sehr eingeschränkt („im Rahmen des Bundeshaushalts“; muss einhergehen mit einer „Effizienzsteigerung des entwicklungspolitischen Instrumentariums und der Absorptionsfähigkeit in den Entwicklungsländern“), dass mit substanziellen Steigerungen wie in den letzten Jahren nicht zu rechnen ist. Minister Niebel hat inzwischen zwar für den nächsten Haushalt eine Steigerung gefordert, aber auch eingeräumt, dass die für 2010 angepeilten 0,51% BSP nicht erreicht werden. Es stimmt, dass Geld allein noch keine Entwicklung bringt. Auch auf die Qualität der Entwicklungsarbeit kommt es an. Deshalb ist zu begrüßen, dass die Koalition Strukturen der deutschen und europäischen EZ optimieren will. Aber mehr Geld oder bessere Entwicklungspolitik sind kein Gegensatz, sondern gehören zusammen und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Auch hier gilt: Die Balance macht's.

Laut Aussagen des Ministers wird nun auch die technische Zusammenarbeit mit China eingestellt. Es lässt sich trefflich darüber streiten, ob sie tatsächlich weiter sinnvoll ist. Weil aber das Reich der Mitte als neuer global player von rasant wachsender Bedeutung sich inzwischen auch verstärkt entwicklungspolitisch engagiert, insbesondere in Afrika und nach eigenen Regeln, sollte es verstärkt in die internationale Gebergemeinschaft einbezogen werden. Vor diesem Hintergrund wäre es klug, bestehende Kontakte gerade in diesem Politikfeld nicht ab-, sondern eher auszubauen.

Der neue Minister hat die Chance des Neuanfangs. Ob und wie genau er sie nutzt, werden die nächsten Monate zeigen.

Entwicklungspolitik im Landtag – CDU und FDP versuchen das Eigenlob



von Renate
Hendricks, MdB

Anfang November stellten die Fraktionen der CDU und der FDP im Landtag einen Antrag mit dem Titel „Entwicklungspolitik effektiv und nachhaltig gestalten

- Nordrhein-Westfalen übernimmt Verantwortung“. Grundsätzlich ist diese Initiative begrüßenswert, da sie das Thema Entwicklungspolitik auf die Tagesordnung gebracht hat.

Doch der Antrag ist kein Highlight. Außer einigen schwammigen Formulierungen und Allgemeinplätzen steckt nichts Neues darin. So fordern die schwarz-gelben Fraktionen „Wohlstand für alle“ und „Hilfe zur Selbsthilfe“ und, dass die Hilfe NRW vor allem nach dem Kriterium guter Regierungsführung zu bemessen sei. Thematisch beschränkt man sich darauf erneut festzustellen: „Bildung ist in der globalisierten Welt eine zentrale Ressource für gesellschaftlichen und beruflichen Erfolg“.

Bereits im Mai des letzten Jahres hat der Landtag fraktionsübergreifend für die Umsetzung der Global-Marshall-Plan-Initiative gestimmt. Bereits hier wurden zahlreiche Forderungen erhoben, die NRW sicherlich nicht alleine und nicht weltweit lösen können. Doch auch kleine Schritte in die richtige Richtung hat die Landesregierung nicht unternommen.

Dafür wurden zentrale Fakten erst während der Plenarsitzung am 5. November offen gelegt. So äußerte sich Herr Bollenbach von der CDU über die bisherigen Partnerschaften NRW wie folgt: „In diesem Zusammenhang freue ich mich, dass sich die Zusammenarbeit mit Ghana und unserer südafrikanischen Partnerprovinz Mpumalanga so erfolgreich gestaltet. In beiden Fällen haben wir

bereits zahlreiche Projekte angestoßen, unter anderem in den Bereichen Bildung, Wissenschaft, Jugend, Sport und Gesundheit. Mpumalanga unterstützen wir zum Beispiel auch bei der Organisation der Fußballweltmeisterschaft im nächsten Jahr.“ Doch bereits im Anschluss ergreift FDP-Mann Lindner das Wort und macht unmissverständlich klar, dass zu Mpumalanga eine „vermutlich nach der Fußballweltmeisterschaft 2010 auslaufende“ Partnerschaft besteht. Gehen CDU und FDP davon aus, Mpumalanga sei bereits soweit gestärkt, dass es keine Hilfe mehr nötig hätte?

Viele offene Fragen blieben auch nach dem Plenum bestehen, weshalb der Antrag in den Ausschuss Generation, Familie und Integration überwiesen wurde. Dort wurde er nicht abschließend behandelt. Er soll demnächst in Verbindung mit der großen Anfrage „Entwicklungspolitik in NRW“ vom 23. Juni der SPD Fraktion beraten werden. Die Antwort der Landesregierung liegt seit Freitag der letzten Woche vor und kann auf der Landtagsseite eingesehen. Über die Antworten wollen wir uns noch intensiv austauschen und demnächst eine Bewertung vornehmen.

Entwicklungspolitisches Memorandum 2009

von Gerd Deihle

Global denken, lokal handeln.
Zur Zukunft der kommunalen
Entwicklungszusammenarbeit



Von Gerd Deihle,
InWent – Regionales
Zentrum Nordrhein-
Westfalen

Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit entstand in den 70er Jahren und wurde ganz überwiegend von engagierten Bürgern ehrenamtlich getragen. Ein Grundgedanke war die internationale Solidarität, oft geprägt von der kritischen Betrachtung der Kolonialzeit und ihren anhaltenden negativen Folgen für die Menschen in den neuen unabhängigen

Staaten, vom Widerstand gegen Diktaturen oder später gegen die Apartheid in Südafrika.

Es entstanden Partnerschaften mit Städten außerhalb Europas, allen voran mit Kommunen in Nicaragua. Die dortige sandinistische Regierung nährte bei den Aktiven die Hoffnung, dass eine gerechtere Welt möglich sei. Die entwicklungspolitische Bildungsarbeit wurde zur Schnittmenge von Solidaritätsbewegung und einer Vielzahl kirchlicher „Dritte Welt Gruppen“. Vor diesem breiten zivilgesellschaftlichen Hintergrund und in der Erkenntnis, dass der Diskurs über weltweite Gerechtigkeit, Armut und Frieden auch in der eigenen Gesellschaft geführt werden muss, griff auch die nordrhein-westfälische Landesregierung unter Johannes Rau das Thema auf. Es entstanden die ersten Förderprogramme einer Landesregierung für die entwicklungspolitische Inlandsarbeit und ein Dialog mit der Zivilgesellschaft.

Auch im kommunalen Bereich gab es vergleichbare Entwicklungen. Einen kräftigen Schub erhielten sie nach der Konferenz für Umwelt und Entwicklung in Rio de Janeiro 1992. In dem Konferenzdokument wurde den Kommunen erstmals eine bedeutende Rolle bei der Zukunftsgestaltung der Menschheit zugesprochen. Die Kommunen sind zuständig für Stadt- und Verkehrsplanung, für Wasserversorgung und -entsorgung, sie wirken mit bei der Energieversorgung, sie setzen weite Bereiche der Umwelt- Gesundheitspolitik um und sind Träger von Bildungseinrichtungen. Alle diese Themen betreffen auch die Städte der Entwicklungs- und Schwellenländer. Der Innenminister Nordrhein-Westfalens stellte 1994 in einem Erlass erstmals fest, dass die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) den Kommunen grundsätzlich erlaubt ist. Ab 1996 finanzierte die Landesregierung durch pauschale Zuschüsse, wenn auch mit abnehmender Tendenz, die Eine Welt Arbeit im lokalen Bereich mit dem Schwerpunkt Bildungsarbeit, bis sie dann 2006 der neuen Landesregierung zum Opfer fiel. Trotzdem haben viele Initiativen überlebt, vor allem dort, wo die Aufgabe

von einem breiten politischen Konsens getragen wurde.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft, die Weltfinanzkrise, die Klimadebatte, zerfallende Staaten auf unseren Nachbarkontinenten und Flüchtlingsströme nach Europa haben das Bewusstsein über die gegenseitige Abhängigkeit bei den Bürgern geschärft. Antworten auf diese neuen Herausforderungen können weder Bundesregierung noch Landesregierungen alleine finden. Die Bürger/innen müssen einbezogen werden. Der beste Ort dafür sind die Städte und Gemeinden.

Im letzten Jahr wurde eine Arbeitsgruppe aus Vertretern des BMZ, einigen Bundesländern, darunter NRW, und des Städtetages eingesetzt, um die Kommunale EZ auf eine neue Grundlage zu stellen. Fachleute bewerten die kommunale EZ positiv. Es gibt Chancen bei der nächsten Sitzung des Bund-Länder Ausschusses für Entwicklungszusammenarbeit im Frühjahr 2010 eine Einigung über die inhaltlichen und finanziellen Rahmenbedingungen zu finden. Zu hoffen ist, dass nicht politisches Sperrfeuer den Konsensversuch zerschlägt.

25. Düsseldorfer „Eine Welt Tage“

Von Ladislav Ceki,
Geschäftsführer Eine Welt Forum
Düsseldorf e.V.

Das Eine Welt Forum Düsseldorf hat sich vor 30 Jahren (1979) als Koordinationskreis „Düsseldorfer 3. Welt-Gruppen“ gegründet. Zu Beginn waren 20 Initiativen beteiligt, heute sind es über 180 allein in der Landeshauptstadt. Dazu kommen 66 Gruppen im Kreis Mettmann mit ca. 4.500 ehrenamtlichen Akteuren. Menschenrechtsarbeit war und bleibt bis heute eine wichtige Aufgabe. Darüber hinaus werden Projekte in Afrika, Asien, Lateinamerika und Südosteuropa betreut. Seit 25 Jahren organisiert das Eine Welt Forum die Düsseldorfer jährlich die „Eine Welt Tage“: 1984 mit 20 Veranstaltungen, 2009 mit 252 Veranstaltungen. Anfangs

nur mit Eine Welt Initiativen, heute werden ca. 70 % der Veranstaltungen in Kooperationen mit zahlreichen Kirchen, Schulen, Verwaltung, Politik und Kultureinrichtungen durchgeführt.

Zu Beginn 1984 wurden rund 1.500 Besucher gezählt, 2009 waren es schon über 25.000 Besucher. Ein schöner Erfolg. Mit etwa 80 – 100 Pressemeldungen, verschiedenen Interviews im lokalen Center-TV sowie einer monatlichen einstündigen Radio-Sendung beim Lokalsender Antenne Düsseldorf finden die „Eine Welt Tage“ inzwischen eine beachtliche Medienresonanz.

Namhafte Künstler aus allen Kontinenten wirken bei den Düsseldorfer „Eine Welt Tagen“ mit. Auch Politiker/innen von Rang beteiligen sich an den Veranstaltungen. Die Stadt Düsseldorf unterstützt die lokalen Aktivitäten und die Infrastruktur mit 0,075 € je Einwohner. Das Geld kommt aus dem Stadthaushalt. Kooperationen mit den meisten Ämtern sind mittlerweile selbstverständlich. Im Jahr 2007 wurde Düsseldorf zur Hauptstadt des „Fairen Handels“ gewählt. Hier gibt es seit 1996 einen Eine Welt Beirat, der beim Hauptamt der Stadt angesiedelt ist. Dieser entscheidet über Anträge und äußert sich zur lokalen Eine Welt Politik. Die Parteien im Rat diskutieren und beschließen Eine Welt Themen interfraktionell.

Eurobarometer-Umfrage zur Entwicklungszusammenarbeit

Neun von zehn Europäer/Innen befürworten selbst in schwierigen wirtschaftlichen Zeiten die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Zu diesem Ergebnis kommt eine Eurobarometer-Umfrage, die im Vorfeld der Europäischen Entwicklungstage in Straßburg veröffentlicht wurde. Der Umfrage zufolge heißen an die 90 Prozent der Europäer/Innen Entwicklungshilfe ungeachtet der Wirtschafts- und Finanzkrise für gut. Mehr als 70 Prozent von ihnen geht sogar darüber hinaus und wäre bereit, noch mehr in die Unterstützung unterentwickelter Länder zu investieren. Hierbei gehört Deutschland

mit zu den Vorreitern in Bezug auf finanzielle und ideelle Förderung. 89 Prozent der Deutschen halten laut Umfrage die Entwicklungszusammenarbeit für sehr wichtig. Interessanterweise wird die Wirtschaftskrise nicht als eine wesentliche Herausforderung für die Entwicklungsländer angesehen. Die Hälfte! der Europäer/Innen sieht Armut als die größte Herausforderung an, der sich die Entwicklungsländer stellen müssen. Dagegen betrachten lediglich 35 Prozent die Wirtschafts- und Ernährungskrise als Hauptproblem. Der Bericht zu den Umfrageergebnissen kann in deutscher Sprache im Internet heruntergeladen werden.

http://ec.europa.eu/public_opinion/archive/s/ebs/ebs_318_de.pdf

Bundesregierung zu Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit

Die Bundesregierung begrüßt alle Schritte, die der Umsetzung der Konvention 182 der Internationalen Arbeiterorganisation (ILO) zur Beseitigung der schlimmsten Formen von Kinderarbeit förderlich sind. Das geht aus der Antwort vom 28. September 2009 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis90/Die Grünen zum Umgang der Kommunen mit Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit hervor. Laut Bundesregierung könnten Länder und Kommunen Regelungen erlassen, die sicherstellen, dass Grabsteine nicht unter Verletzung der ILO-Konvention 182 hergestellt werden. Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen hatte danach gefragt, inwieweit Friedhofssatzungen zulässig sind, die das Aufstellen von Grabsteinen aus ausbeuterischer Kinderarbeit untersagen. Zwei Gerichte hatten entsprechende Satzungen für unwirksam erklärt.

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/14/0/1614091.pdf>,

<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/16/14/0/1614054.pdf>

Impressum Newsletter 2/2009

Dieser Newsletter erscheint regelmäßig im PDF-Format und wird herausgegeben von der NRWSPD, Kavalleriestr. 16, 40213 Düsseldorf.

Redaktion:

Dennis Buchner, Ladislav Ceki, Gerd Deihle, Renate Hendricks, MdL, Reinhard Hermle, Jan Kowalzig

Bei Interesse an einer Aufnahme in der Verteiler des Forums Eine Welt NRW bitte Mail an: info@nrwspd.de.